

Wochenblatt für das Fürstenthum Oels.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, früh, in einem Bogen. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 15 Sgr.; einzeln aber kostet das Blatt 1 Sgr.; durch die Post bezogen, kostet es 18 Sgr. 9 Pf. vierteljährlich.

Inserate werden den Tag vor der Ausgabe bis spätestens Mittag 12 Uhr



angenommen: in Oels in der Expedition dieses Blattes, in Poln. Wartenberg in der Stadtbuchdruckerei, in Kempen in der Buchhandlung von G. Fränkel, in Bernstadt in der Handlung von Lorenz. Die Insertionsgebühren betragen pro Zeile nur 1 Sgr., bei Wiederholungen bloß die Hälfte.

Ein Volksblatt

für Staats- und Gemeinwohl, zur Belehrung und Unterhaltung.

(Verantwortlicher Redakteur: A. Bitterling. Schnellpressen-Druck und Verlag von A. Ludwig.)

Nr. 117.

Dienstag, den 5. December

1848.

Zur Beachtung für unsere geehrten Leser.

Die politische Wichtigkeit der Gegenwart steigert sich von Tag zu Tag; wir eilen den Formen der Zukunft mit Sturmschritt entgegen, und sind kaum einer dumpfen Vergangenheit entflohen. Wie daher politische Bildung neben Kenntniß der Zeitereignisse immer dringender wird, haben wir uns entschlossen, wenigstens für die nächste Zukunft, allwochentlich unseren Lesern noch eine „vierte“ Nummer beizufügen. Dieselbe wird „Sonntags“ ausgegeben, ohne eine Erhöhung des Abonnements in Folge zu haben. Wir ersuchen daher, die erste Sonntags-Nummer künftigen Sonntag in Empfang nehmen zu wollen.

Der Redakteur und der Verleger.

Der finst're Geist in unserm Hause.

Es geht ein finst'r Geist durch unser Haus.
Werft ihn hinaus! Werft ihn hinaus!
Es soll kein Mensch ein freies Wort mehr sprechen,
Kein heller Klang aus voller Brust mehr brechen,
Kein hinterm Ofen bleiben und nicht mucken,
Sich still verhalten und sich furchtsam ducken:
So will's der finst're Geist in unserm Hause.
Werft ihn hinaus!

Es geht ein finst'r Geist durch unser Haus.
Werft ihn hinaus! Werft ihn hinaus!
Er kann den Tag mit seinem Glanz nicht leiden,
In Nacht und Dunkel will er Alles kleiden,
Er will im Trüben fisichen und im Dunkeln
Sein Wesen treiben und beliebig munkeln:
Das will der finst're Geist in unserm Hause.
Werft ihn hinaus!

Es geht ein finst'r Geist durch unser Haus.
Werft ihn hinaus! Werft ihn hinaus!
Schon hält er dreister seine freche Runde,
Ein Heer von Helfershelfern ist im Bunde,
Scheinbar verfolgend hohe, fromme Zwecke,
Und dennoch Alle unter einer Decke
Mit ihm, dem finst'ren Geist' in unserm Hause.
Werft ihn hinaus!

Es geht ein finst'r Geist durch unser Haus.
Werft ihn hinaus! Werft ihn hinaus!
Unheimlich wird uns fast vor dem Gelichter;
Doch fürchtet nicht die bösen Angesichter!
Sie selbst erschrecken, zeigen ihr Courage.

Packt sie nur an! Hinaus mit der Package!
Was soll der finst're Geist in unserm Hause?
Werft ihn hinaus!

Es geht ein finst'r Geist durch unser Haus.
Werft ihn hinaus! Werft ihn hinaus!
Wir seh'n es gern in allen Räumen tagen,
Sind keine Eulen, die kein Licht vertragen;
Und wenn wir wollen, muß der Spuck entweichen,
Gespenter kann der Wille schon verscheuchen:

Fort mit dem finst'ren Geist in unserm Hause!
Werft ihn hinaus!

Th. H.

„Über das Bürgerwehrgesetz.“

(Fortsetzung von Nro. 115.)

Wenden wir uns nun, die äußere Erscheinung des vorliegenden Bürgerwehrgesetzes verlassend, dessen Dickebigkeit und Folgeordnung jedenfalls durch den Gedanken „Errichtung“ entstanden und regiert worden ist, zu dem eigentlichen Inhalt. Wir greifen jedoch hier, um nicht weitschweifig zu werden, nur das Wichtigste heraus.

Ich vermisste in § 1., welcher die Bestimmung der Bürgerwehr enthält, ein Wesentliches. Die Bürgerwehr hat zunächst die Bestimmung, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen. Das Wie oder Wodurch ist jedoch nicht angegeben. Es lassen sich aber

Freiheit und Ordnung gewiß auf mehrfache Weise schützen, wozu namentlich Berathungen der Bürger über die öffentlichen Vorkommnisse führen dürfen. Daß jedoch eine solche mehrfache Weise nicht beliebt ist, scheint die, dem § 1. angehängte Negative auszudrücken; allein die positive Bezeichnung: „durch Gewalt der Waffen“ fehlt, wir müssen sie erst aus dem Fortgange des Gesetzes entnehmen. Im Namen der „Bürgerwehr“ liegt diese Bezeichnung nicht, weil der Bürger sich wohl verschiedenartig wehren kann, deshalb: warum ließ man die bestimmte Bezeichnung weg? und warum soll dem Bürger des freien Staates die Gewalt der Waffen nicht als letztes Schutzmittel, vorher ihm aber jeder andere Weg zum Schutz von Freiheit und Ordnung, auch in seiner Eigenschaft als Bürgerwehrmann, festgestellt sein? Die Beantwortung der ersten Frage überlassen wir den Verfassern des Gesetzes, versuchen dafür die Beantwortung der letzten Frage.

Der Begriff „Schutz“ setzt wohl einen Angriff voraus; Aufruf zum Schutz von Freiheit oder Ordnung läßt wohl einen Angriff auf das Eine oder Andere vordenken. Wir haben Behörden, haben das Petitions- und Assoziations-Recht, und die freie Presse. Die Behörden, als Organe der Regierung des Staats, treten in ihrer Eigenschaft von Seiten des Staats und für diesen auf; da-

gegen bezeichnen das Petitions- und Associations-Recht und die freie Presse die Art und Weise, in welcher der Bürger selbst, in seiner Eigenschaft als „freier Staatsbürger“ (*Habeas-corpus-acte § 1.*), für sich und den Staat auf friedlichem Wege auftritt. Dass die Behörden wohl die leitende Staatsmaschine, nicht aber den Staat selbst ausmachen; dass vielmehr die Gesamtheit der Staatsbürger der eigentliche Staat ist: das wissen wir. Geschieht nun ein Angriff auf Freiheit oder gesetzliche Ordnung, so ist dies ein Angriff gegen den Staat, d. h. die Staatsbürger, und Letztere werden die Ersten sein müssen, die, natürlicher Weise zum Schutz berufen, zum Schutz zusammentreten, zum Schutz alle gesetzlich möglichen Mittel ergreifen müssen. Die Association der Bürger erscheint mir daher als Grundbedingung der Möglichkeit des Schutzes von Freiheit und Ordnung. Finden die Bürger in ihrer Berathung über das Vorgekommene, dass die Behörden allein den Angriff beseitigen können, dann werden sie, je nach den obwaltenden Umständen, vom Petitionsrecht oder der Gewalt der, durch die Presse sich verkündenden öffentlichen Meinung, Gebrauch machen; finden sie dagegen, dass ein persönliches Aufstreten zur Abwehr Noth thut, dann werden sie diesen letzten Nothweg „selbstständig“ ergreifen. Gewalt ist und muss immer der letzte, und nur Noth-Weg sein.

Grade den Kern der Staatsbürger bilden aber die Mitglieder der Bürgerwehr: Männer von 24 — 50 Jahren (*§ 8.*), Männer, bei denen man entschieden Kraft und Urtheil voraussehen muss, eben weil sie volle Männer sind. Werden Freiheit und gesetzliche Ordnung angetastet, dann thuen wohl männliche Kraft und männliches Urtheil noth. Die Bürgerwehr-Männer dürfen aber, nach *§ 1.*, in ihren dienstlichen Versammlungen über öffentliche Angelegenheiten nicht berathen. Sie dürfen sich zu dienstlichen Zwecken nach *§ 6.* nur auf Requisition der Civilbehörden, und auf den all-einigen Ruf ihrer Anführer nur (*§ 74*) zum eigentlichen Waffendienst versammeln. — Die Ausdrücke: „dienstliche Versammlungen“ und „dienstliche Zwecke“ lassen offen, dass die Bürgerwehrmänner auch andere Versammlungen und zu anderen Zwecken halten können. Die zahlreichen Bürgerwehr-Clubs zeigen solch andere Versammlungen, und dann wohl eben zu Berathung der öffentlichen Angelegenheiten. Das Dasein solcher Bürgerwehr-Versammlungen gründet sich auf das Associations-Recht, und dürfte sehr segensreich sein. Fanden wir aber, dass der Staatsbürger im Falle eines Angriffs auf Freiheit oder Ordnung als friedliche Mittel wohl wenig mehr habe als Petition und Presse, und dass, wenn gemeinsame Berathung diese unausreichend und ein kräftiges persönliches Aufstreten als Nothfall ergibt, solch letzteres Aufstreten dann natürlich erfolgen würde und müsste: so erkennen wir, dass solch energische Folge des Associations-Rechtes durch unser Bürgerwehrgesetz einen Bruch erhalten hat, denn das persönliche Aufstreten darf nicht selbstständig, sondern lediglich auf Requisition der Civilbehörden erfolgen. Für den Nothfall der Unterstützung des gemeinsamen Willens durch die Waffe ist der Bürger somit „entwaffnet“. — Zwar ist die Waffe

dem Bürgerwehrmann in die Hand gegeben, aber nicht als dem „Staatsbürger“, sondern eben als dem „Bürgerwehrmann.“ Der Bürgerwehrmann, als solcher, ist demnach geschieden von dem Staatsbürger, als solchem, und er wird seine Waffe auch gegen den Mitbürger kehren müssen, sobald dieser gegen einen Angriff auf Freiheit oder gesetzliche Ordnung „ohne Requisition der Behörde“ auftritt. Durch das Institut der Bürgerwehr, wie es uns vorliegt, stehen fortan dem „Staatsbürger“ zwar alle möglichen gesetzlichen Schutzmittel, nur nicht die Gewalt der Waffe frei, und der „Bürgerwehrmann“ ist militärische Maschine, d. h. bewaffnete Macht ohne Willen. Wille und Thatkraft sind getrennt: eine Vereinigung beider von Seiten des Staatsbürgers wäre Aufstand, wäre Revolution.

Nachdem wir hiermit die Sachlage erwägt, gehen wir auf die Gründe einer solchen Stellung ein. Vielleicht hat man durch die Trennung des Willens von dessen eiserner Durchführung einem willkürlichen bewaffneten Aufstreten der Staatsbürger, und somit dem furchtbarsten anarchischen Zustand entgegenarbeiten wollen. Allerdings, die Möglichkeit solchen Zustands müsste rüdweg abgeschnitten sein. Konnte man dies aber nicht anders erreichen, als dass man vom Willen des Staatsbürgers das thatkräftige Aufstreten total abschnitt, den Willen des Staatsbürgers sich nur mit „Papier“ bewaffnen ließ, die That kommandirenden Willen aus dem Schooß der Staatsbürger in den Schooß der Behörde versenke? — Wohl muss die Behörde einen mächtigen Willen, im Nothfall einen bewaffneten Willen haben; aber muss nicht dieser Wille eins sein mit dem Willen der Staatsbürger? Wie nun aber, wenn der Wille der Behörde dem Willen der Bürger entgegen ist: muss da nicht der Bürger die Waffe gegen sich selbst kehren, oder — als Rebellen aufstreten?) Es scheint zu fürchten, dass man ein einzelnes willkürliches Bewaffnen unterdrückt, aber bei jedem Conflict zwischen Behörden und Bürgerschaft ein Rebelliren offen gelassen hat, was wohl noch schlimmer sein durfte. — Ließ man Willen und That natürlich beisammen, d. h. durfte die Bürgerwehr im Falle von Angriffen auf Freiheit oder gesetzliche Ordnung frei zusammentreten, die nötigen Massregeln etwa mit gewünschter Zugleichung der Behörden berathen, und dann kräftig handeln, so würde die Sachlage wohl eine glücklichere sein. Die Behörde fände dann, nach kurzer Darlegung des Vorgefallnen und Einigung mit dem Führer der Bürgerwehr, die kräftigste Unterstützung der Bürger, und im Falle eines Conflikts zwischen Behörde und Bürgern, würde jedes blutige Zusammentreffen leicht vermieden, indem der thatkräftige Wille dann gewiss auf der Seite des Rechts stehen, und die Seite des Unrechts entblößt sein würde. Es muss wohl die Behörde die Bürgerwehr requiriren, aber nur dann auf deren Einheiten rechnen dürfen, wenn mindestens die Führer der Bürgerwehr damit übereinstimmen. Dann ist die Bürgerwehr ein, einem „freien“

*) Der Straßenkampf in Erfurt ist tatsächlich Beweis hierzu.

Staate gemässes, „freies“ Institut, und scholl ihr Nicht-Aufstreten allein, würde oft entscheiden. Wie jedoch das Gesetz daliegt, wird die Bürgerwehr, wenn sie der Requisition der Behörde nicht unbedingt Folge leistet, ihres Dienstes auf 1 — 6 Monate entbunden, die Behörde requirierte Militair, und führt nun ungehindert durch, was sie will. Das wohltätige, weil Frieden und Recht erhaltende, Gegengewicht einer „freien“ Bürgerwehr gegen die executive Macht der Behörden findet daher bei uns nicht statt, und die vornweg gestellte Frage scheint sich dadurch nicht anders beantworten zu lassen, als: man trennte Willen und That des Staatsbürgers, man verband die Thatkraft des Bürgers lediglich mit dem Willen der Behörde, um durch die Masse der wehrhaften Staatsbürger selbst, den Willen der Behörden zu waffen, und damit jeden Gegensatz von vornherein zu vernichten. Der kräftige Wille ist jedenfalls der allein wahre und herrschende; das Institut der Bürgerwehr, wie es für uns gesetzlich daliegt, kräftigt den Willen der Behörden — das Volk hat demnach das Associations-Recht um — gesellig zu sprechen, Petitions- und Pressefreiheit um — mit Schreiben und Lesen sich zu unterhalten.

Diesem nach ist nun leicht erklärtlich, warum die Bürgerwehr nicht berathen darf (*§ 1.*), warum den Anführern die Hände gebunden sind, warum die Auflösungs-Paraphren so schnell an die Stirn des Gesetzes gehetzt sind. *§ 1 — 7* sprechen den Geist unseres Bürgerwehr-Instituts aus; natürlich, als solche mussten sie, gleich „Grundbestimmungen“, außerhalb der Abschnitte stehen, und konnten nicht überschrieben werden, weil der Geist „herausgeföhlt“ sein will. Ein trauriger Geist, ein gebundener Geist, dessen Entfesselung nicht vom Beschluss allgemeinen Willens, sondern allein vom Beschluss einer unbedingt verfügenden Körperschaft abhängt! Vielleicht haben Belgien oder England solche Bürgerwehr, wir aber wollten jedenfalls „freie“ Bürgerwehr. So lang irgend eine Behörde noch irgend einen Beschluss fassen kann, der mit dem allgemeinen Willen der Bürgerschaft nicht übereinstimmt: so lang wird eine freie Bürgerwehr als der nächste, schnellste und sicherste Schutz von Freiheit, Frieden und Recht in einem freien Staate angesehen werden müssen. Eine selbst unfreie Bürgerwehr kann gewiss nicht die Freiheit schützen. Nur eine freie Bürgerwehr wird im Stande sein, den, auch von Seiten einer Behörde möglichen Umgehungen verfassungsmässiger Freiheit und Gesetzmäßigkeit entschieden und mit Erfolg entgegen zu treten, so Freiheit und Gesetz „im wahrhaft vollen Umsange“ zu schützen, und das ewige und einzeln Revolten unnütz zu machen.

(Schluss folgt.)

Folgender Brief wurde am 30. Novbr. früh, versiegelt an der Thür des Verlegers dieser Zeitschrift gesunden, einschließend die Beilage*) von No. 114. Der unbekannte Schreiber derselben gestatte uns Mittheilung und Antwort.

Geehrter Herr!

Sie werden hiermit ersucht, fernerhin die Leser ihres Wochenblattes mit ähnlichen Beilagen, als die gestrige war, zu verschonen, wir beklagen schon das ängstliche Bekentniß des Herrn Bitterling über Steuerverweigerung.

Oder sollen wir glauben, daß diese Beilage wirklich vom Berliner Magistrat ausgeht? Vielleicht ist ein ver..... Reaktionair hiesigen Dritts Verfasser derselben.**)

Und was Franz Nowak sagt, wollen wir auch nicht wissen, der soll sich um seine Dünghäufen bekümmern, und die Politik uns Demokraten überlassen.

Antwort: In No. 115 habe ich meine Erklärung, in Betreff der Beilage zu No. 114 gegeben. Uebrigens muß der „Selbstständige“ Kenntniß nehmen können vom Entgegengesetzten, ja er muß solche Kenntniß sogar suchen, um nicht blind nach einer Seite hin geleitet zu werden. Wir sind im Kampfe, und da ist es sehr gut, wenn man einmal den Feind in seiner eignen und eigentlichen Facke sieht, und nicht nur immer durch Staubwolken, und Pulverdampf, und durchs Glas. Hat nur der Leser Urtheil, freies, selbstständiges, so wird er schon das Rechte finden und das Schlechte hassen, um so mehr, als er es in eigner Gestalt gesehen. In solcher Art hat die Beilage sogar einen gewissen Werth. — Ja, könnte ich das tollste Exemplar der Neuen Preußischen Zeitung, der Kreuz-Zeitung, einmal dem Wochenblatt beilegen: ich würd's thun! Meine Meinung ist: Alles Lernen, und dann wählen, das ist des freien Mannes würdig! Für die gute Sache wirbt am Besten — das Schlechte. — Mein, sogenanntes „ängstliches Bekentniß über Steuerverweigerung“ dürfte, gehörig durchdacht und durchleuchtet, wohl im Gegenlicht erscheinen. Ich bin nicht gewöhnt in ernsten Dingen mit einem lieben Kinde zu hätscheln, und da ist's leicht möglich, daß dem Vertheidiger des Kindes selbst Angst einkam. Schließlich aber protestire ich dagegen, daß der Landmann sich nur um die Dünghäufen kümmern soll. Das war wahrlich nicht demokatisch!!! Auch antworte ich nur der guten Gelegenheit vorstehender Gedanken halben.

Am 1. December 1848. R. Bitterling.

Kosen und Dornen aus der Paulskirche mit und ohne Beleuchtung.

v. Mayfeld von Wien: „Der österreichische Minister Doklhoff hat in dem Wiener Reichstag ein wahres Wort gesprochen, als er sagte, die Politik wird heutzutage nicht auf der Ministerbank gemacht, sondern der Weltgeist macht die Politik.“ —

*) Eine Beilage war dies eigentlich nicht, da daran weder im Wochenblatte, noch über dem Aufsage selbst etwas vermerkt war. Derselbe ist vielmehr dem Wochenblatte nur der leichteren Verbreitung wegen beigegeben worden. Der Verleger.

**) Keinesweges; ist aus der schles. Zeitg. abgedruckt.

„Diese von dem Weltgeist gemachte Politik ist es, die man zu der seinigen machen muß, wenn man nicht unstaatsmännisch handeln, wenn man nicht unmöglich gewordene Systeme verfolgen will.“ — „Dieses ist das Alpha und Omega unserer Revolution, und wer dem Strome dieser Revolution entgegenschwimmen will, den verschlingt er, er mag ein auch noch so gebüter Schwimmer sein.“ —

Berger von Wien: „Die Aufregung von Unten wird bekämpft mit Kartätschen. Zur Unterdrückung der Bewegung von Oben wendet man keine Kartätschen an, sondern man sendet Reichskommissäre ab. Ich finde übrigens diese Politik des Ministeriums nicht unbegreiflich. Ich finde sehr begreiflich, daß man mit den Rebellen von Oben glimpflicher verfährt, als mit denen von Unten.“ —

Vogt von Gießen: „Ich weiß dies nicht, — aber ich glaubte, daß das Geringste, wozu man in unseren Zeiten kommen wolle, die demokratisch-constitutionelle Monarchie sei, die constitutionelle Monarchie auf breitest der demokratischer Basis. Aber nun, meine Herren, scheint man sogar diese demokratische Basis zu verleugnen, und nur die constitutionelle Monarchie zu wollen, um dann vielleicht zu der reinen Monarchie zu kommen.“ —

„Wundern Sie sich nicht, wenn die Bewegung noch demokratischer wird, wenn sie über die constitutionelle und gesetzliche Gewalt, die jetzt noch regiert, hinausgeht, wenn, sage ich, von diesen Gewalten die Bewegung zurückkehrt zu dem Ursprung, aus welchem alle gesetzliche Gewalt hervorgegangen ist und hervorgehen wird, nämlich zum Volk.“ —

„Es ist in Deutschland keine Stadt,
Kein Dörflein, dessen stills Huth
Nicht einen alten Kirchhof hat,
Darin ein Freiheitsmärter ruht!“

Benedey von Cöln: „Ruhe und Ordnung wollen auch wir; aber wir wollen diese Ruhe und Ordnung begründet in der Freiheit und Einheit Deutschlands haben. Ruhe und Ordnung waren die Worte, mit denen man Deutschland ein Jahrhundert geknechtet hat; verhüten wir, daß es die Worte werden, mit denen man uns die Früchte der Revolution entreißt.“ —

Bassermann: „Ich frage: was würde in dem freisten Staate geschehen, wenn die Bataillone sich widersetzen, den Anordnungen der Staatsgewalt zu gehorchen? Ich brauche Ihnen die Antwort nicht zu geben; man würde es nicht billigen, es ist ein Verbrechen, an dem der freiste Staat zu Grunde gehen könnte.“ —

(D. Red. Wenn ganze, oder gar die ganzen Bataillone sich widersetzen, den Anordnungen der Staatsgewalt zu gehorchen, dann müssen diese Anordnungen ganz gewiß den entgegengesetzten Geist eines freisten Staates in sich tragen. Mithin ist durch solche Anordnungen der freie Staat eigentlich schon zu

Grunde gerichtet, und das Widersehen der Bataillone ist nur als das ehrenwerthe, männliche Verfahren zu erkennen, den freien Staat, als solchen, wenn möglich noch zu erhalten. Ein Staat ist nicht schon dadurch wirklich frei, daß eine freie Verfassung auf einem Papier steht; erst das Leben im Geiste einer solchen Verfassung macht den wirklich freien Staat! —)

Wegen Mangel an Raum vorige Woche zurückgeblieben.

Heirath.
Den 27. November der Dienstmännin Rack in Netsche, mit Jungfrau Kiesewetter.

Todesfälle.

Den 22. November der Königl. Steueraufseher Herr Speer, an Brustleiden, alt 47 Jahre 11 Monate.

Den 22. November der Schul-Adjunkt Herr Scholz in Ludwigsdorf, bei Kreuzburg, an Brustkrankheit, alt 20 Jahre.

Den 23. November des Schuhmachergesellen Graf älteste Tochter, Ida Bertha, am Nervenschlag, alt 8 Jahre 4 Monate.

Den 25. November der Gastwirth Herr Zernahle, an Magenverhärtung, alt 43 J. 2 E.

Den 25. November der Müllermeister Herr Hoffmann in der Winkelmühle, an Alterschwäche, alt 83 Jahre 11 Monate.

Den 26. November die Maurerpoliers- und Freigärtnerfrau Würfel, geb. Schüz, in Ludwigsdorf, an Brustkrankheit, alt 31 Jahre.

Aus Verstadt.

Geburten.

Den 29. Oktober die Bürgers- und Luchscheersfrau Pauline Deissberg, geb. Stock, einen Sohn, Albert Hermann Theodor.

Den 7. November die Bürgers- und Böttchermeistersfrau Mathilde Biewald, geb. Klöppel, eine Tochter, Bertha Clara Adolphine.

Den 9. November die Bürgers- und Handelschuhmachersfrau Karoline Heidemann, geb. Bäcker, eine Tochter, Anna Auguste Bertha.

Den 9. November die Bürgers- und Schuhmachermeistersfrau Juliare Tesch, geb. Gafert, einen Sohn, Friedrich Gustav Theodor.

Den 9. November die Bürgers- und Bäckermeistersfrau Auguste Geißler, geb. Wittmann, einen Sohn, Hermann Robert Louis.

Den 14. November die Postillionsfrau Louise Heinrich, geb. Lätter, einen Sohn, Adolph Gustav August.

Todesfälle.

Den 8. November des Freistellbesitzers Gottlieb Löber in Langenhof, einziger Sohn, an Brustkrankheit und Auszehrung, alt 23 Jahre 10 M.

Den 15. November des Freistellbesitzers Karl Gottlieb Wegehaupt zweiter Sohn, an der Bräune, alt 3 Jahre 9 Monate.

Juliusburg.

Geburten.

Den 14. November die Inwohnersfrau Elisabeth Haase, geb. Arlt, eine Tochter, Johanna Christiane.

Den 21. November die Webersfrau Helena Böhler, geb. Lichnau, einen Sohn, Johann August.

Heirathen.

Den 19. November der Karl Berndt, mit Jungfrau Dorothea Kiesch.

Den 19. November der verw. Erb-Dreschgärtner Gottfried Feldner zu Rackwitz, mit der verw. Susanna Wuttke.

Todesfälle.

Den 13. Novbr. der gewesene Müllermeister Gottlob Stephan zu Rackwitz, an Alterschwäche, alt 74 Jahr 10 Monate.

Den 14. Novbr. der Bürger und Tuchmachermeister Wilhelm Wiesner, an Alterschwäche, alt 81 Jahr 7 Monate 15 Tage.

Den 14. Novbr. der Maurer Karl Jänsch, an einer Entzündung, alt 26 Jahr 3 Monate.

Den 16. November des Inwohners Ernst Zimmermann ältester Sohn, Ernst Wilhelm, am Keuchhusten, alt 3 Jahr 8 Monate 3 Tage.

Den 18. November des Knechts Karl Eiscke jüngste Tochter, Anna Rosina Elisabeth, an Krämpfen, alt 12 Wochen.

Den 21. November die Tochter des Zimmermanns Ernst Zwirner, Elisabeth, an Krämpfen, alt 1 Jahr 3 Monate.

Aus Nraake.

Geburten.

Den 2. September Frau Rendant Johanna Baader, geb. Günzel, eine Tochter, Johanna.

Den 3. September Frau Amtmann Emma Stephan, geb. Linge, in Pischkaw, einen Sohn, Paul Mar.

Den 3. September die Schmiedemeistersfrau Dorothea Wolfram, geb. Fuchs, in Süßwinkel, eine Tochter, Johanne Dorothea Auguste.

Den 6. September die Freigärtnersfrau Johanna Susanna Hilbig, geb. Keil, einen Sohn, Johann Karl.

Den 21. September die Inwohner- und Webersfrau Johanna Dorothea Schuldei, geb. Wagner, in Medlitz, eine Tochter, Johanna Karoline Henriette.

Den 1. Oktober die Freigärtners- und Gerichtsmannsfrau Johanna Dorothea Hoffmann, geb. Clemmiz, in Pühlau, eine Tochter, Pauline Ernestine.

Den 8. Oktober die Freigärtners- und Gerichtsscholzenfrau Elisabeth Jäschke, geb. Schwarz, einen Sohn, Karl Gottlieb.

Den 12. Oktober die Freigärtnersfrau Anna Rosina Dorothea Kubicka, geb. Rettig, in Pühlau, eine Tochter, Johanne Louise.

Den 19. Oktober die Inwohnerfrau Dorothea Stolper, geb. Richter, einen Sohn, Karl August.

Den 3. November die Freigärtnersfrau Johanne Christiane Zoll, geb. Fröhmel, in Neuhof, eine Tochter, Johanne Christiane.

Heirathen.

Den 15. Oktober der Schankwirth Wilhelm Riesewetter, mit Johanne Dorothee Trupke aus Medlitz.

Den 5. November der verwittw. Freigärtner Friedrich Wilhelm Siegert, mit Jungfrau Johanne Dorothee Breuer.

Den 12. November der verw. Freigärtner Gottlieb Hoffmann in Neuhof, mit der verw. Johanne Dorothee Langner, geb. Lorenz, in Neuhof.

Den 19. November der Freigärtner Karl Friedrich Großmann aus Klein-Ellguth, mit Jungfrau Johanne Dorothee Jahrseck aus Neuöls.

Todesfälle.

Den 6. September die Freigärtnersfrau Johanna Hoffmann in Neuhof, an Geschwulst, alt 49 Jahre.

Den 7. September des herrschaftlichen Viehwärters Gottlieb Eckert in Neuhof, jüngste Tochter, Christiane Ernestine, an Krampf, alt 6 Tage.

Den 1. Oktober des Freigärtners Karl Wallerer in Pischkaw dritte Tochter, Johanne Christiane, am Nervenfieber, alt 7 Jahre.

Den 25. Oktober die Brauers- und Mälzermeistersfrau Karoline Asmussen, geb. Appelt, am Lungenschlag, alt 27 Jahre.

Den 3. November der Herzogliche Förster Herr Friedrich August Goliß im Netze, an Schwindsucht, alt 52 Jahre.

Den 8. November der Auszüger Gottlieb Baus in Pischkaw, den man auf dem Felde tot fand, alt 44 Jahre.

Verwahrung gegen Beschuldigung des Meineides.

Wehrmänner! Der Abgeordnete für Frankfurt, Hößler aus Oels, hat sich erfreut, in dem bekannten Plakat sämtliche Landwehr des Meineides zu beschuldigen, indem er sagt:

Die Landwehr wird nicht gegen ihre Brüder fechten: das weiß ich! Nun sind nach meiner Ansicht Diejenigen, welche Hühner, Gänse, Schweine, Kälber, Kühe &c. stehlen, auch Brüder, oder etwa Hößlers nicht? weil sie für ihn nichts opfern können: darf gegen dieselben nicht gesucht werden? — Haben auswärtige Brüder, Kusen &c., unser Eigenthum unsicher gemacht, Kühe und Ordnung gestört? — Sind das nicht solche, gegen die zu fechten ist; die einem armen Knecht sein ganzes Vermögen, sein Schwein — unter dem Dunkel der Nacht abholen, und diesen alsdann mit seiner Familie dem Elende preis geben?

Ein Volksmann muß wissen, daß nicht nur gegen solche Brüder, die wahrscheinlich nicht die schlechtesten sind, vielmehr gegen Verführer und Aufwiegler der Kampf gilt, mithin seid ihr gewiß, Landwehrmänner, Kameraden, Brüder, einverstanden mit uns: wir wollen Hößlers Worte beherzigen, die: „stehet fest und haltet zusammen!“ gegen Meineidige, Verblendete, Kuhesförderer. Bezeigt öffentlich, daß wir unsres Eides eingedenkt sein und bleiben wollen. Gutwohne, den 2. Dezember 1848.

Die Wehrmänner:

Louis Stephan. R. Härtel. Digwa. Lehmann. Kruber. Mahlich. Hellmich. J. Härtel. Heim. Kirmis. G. Auster. Kapelle. H. Auster. Mittmann. J. Dobersch. Schmiedler. Grinig. Bierbaum. Häusler. Thomas. Lustig. Pulst. Knispel. Wiesner. Dobersch.

Empfehlung.

Die in hiesigen Blättern bereits annoncierte Ausstellung von einer großen Anzahl höchst sehenswerther Kunst- und Industriegegenstände des Herrn Graveur Pfeiffer wird noch mehrere Tage im Gasthause zum Fürsten Blücher für eine freiwillige Spende zu sehen sein. Da Herr Pfeiffer einen Theil seiner Einnahme zu einem wohlthätigen Zwecke bestimmt hat, so erlauben sich auf diese interessante Ausstellung ein kunstliebendes Publikum aufmerksam zu machen.

Mehrere Kunstfreunde.

Kaufgeschäft.

Im Kreise Oels oder auch Trebnitz wird von einer soliden Familie eine ländliche Besitzung von circa 4 bis 6000 Rthlr. zu kaufen gesucht, Wohn- und Nebengebäude müssen hauptsächlich, so wie Ackerland im besten Zustande sein. Hierauf Reflektirende wollen gefälligst (franko) schriftlich oder mündlich ihre Offerten dem Herrn Kaufmann August Bretschneider in Oels abgeben. Käufer kann nach Einigung bald oder auch später übernehmen und nach Wunsch die Kauf-Summa erlegen.

Zu den höchst feinen Manieren zweier Ball- und Landjunkers an einem der letzten Bälle in Oels wünschen von Herzen Glück, versichern bei ferneren Beweisen mehr als stille Theilnahme und können ein kunstfüniges Publikum auf ihre zukünftigen Leistungen in der Mimik nicht genug aufmerksam machen.

Oels, den 1. Dezember 1848.

drei Abiturienten.

Ein dunkelbrauner Pony, 8 Jahr alt, ist zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt das Rent-Amt zu Briese, Kreis Oels.

Ein starkes, brauchbares Pferd ist zu dem billigen Preise von 7 Rthlr. zu verkaufen; das Nähere in der Expedition dieses Blattes.

Den Inhabern der Oelsnischen Sparkassen-Bücher wird hiermit bekannt gemacht, daß die bis Ende dieses Jahres von ihrer Einlage fällig gewordenen Zinsen vom 13. bis 23. Dezember d. J. (mit Ausnahme des Sonntags) in den Amtsstunden durch den Rentanten der Spaarkasse, Kämmerer Sachs, im Kämmerei-Kassen-Local ausgezahlt werden.

Zugleich werden Diejenigen, welche die Auszahlung ihrer Zinsen nicht verlangen, sondern vielmehr solche zu Kapital geschlagen wissen wollen, hierdurch in Gemäß des §. 10 des Statuts ausdrücklich erinnert, in dem obigen Zeitraum ebenfalls ihre in Händen habenden Spaarkassen-Bücher bei dem Rentanten der Spaarkasse einzureichen, damit die einen oder mehrere Thaler betragenden Zinsen den Einlagen als Kapital zugeschrieben werden können, wonach sodann diese Zinsen vom 1. Januar 1849 ab gleichfalls Zinsen tragen.

Oels, den 26. November 1848.

Der Magistrat.